



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 06.05.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis., Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis., Gesundheit
am Dienstag, 11. Mai 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

**HINWEIS: Es wird dringend empfohlen, während der
gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.**

Tagesordnung I

1. 21-S-00-0002
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 21-S-00-0003
Wahl der/des Vorsitzenden

3. 21-S-00-0004

Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

4. 21-S-00-0005

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

5. Einzelhandelskonzept - Masterplan Innenstadt

5.1 20-V-02-8006

ANLAGE / DL 50/20-4, 47/20-3

Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2020 für die Landeshauptstadt Wiesbaden

- Beschluss Nr. 108 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 01.12.2020

5.2 21-V-02-8010

ANLAGE / DL 11/21-6, 09/21-5

Sachstandsbericht Masterplan Innenstadt

- Beschluss Nr. 27 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 02.03.2021

5.3 21-V-02-8012

DL 15/21-1

Masterplan Innenstadt Endbericht

- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 18.05.2021 -*

5.4 20-F-21-0019

ANLAGE

Vorstellung des neuen City-Managers

- Beschluss Nr. 43 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 23.06.2020

6. 21-A-83-0001

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

7. 21-F-20-0003

Sommer-Event auf dem Mauritiusplatz

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 04.05.2021 -

Der Berichterstattung des Wiesbadener Kuriers vom 19.04.2021 war zu entnehmen, dass der Aufsichtsrat der WICM GmbH einer Vergabe zur Bespielung des Mauritiusplatzes mit einer Sommergastronomie zugestimmt hat.

Das Konzept sieht eine teilweise Überbauung des Platzes vor und schließt ein tägliches Bewirtungs- und Unterhaltungsangebot zwischen 10 und 22 Uhr ein. Die Details des Konzepts sind bislang nur dem Aufsichtsrat der WICM bekannt, auch die Fachjury, die das Vergabeverfahren begleiten sollte, wurde vor der Beauftragung nicht mehr eingebunden.

Dies hat insbesondere der Ortsbeirat Mitte kritisiert, der von Anfang an Bedenken hatte, dass die vorgestellten Konzepte die freie Zugänglichkeit des Platzes einschränken.

Der Ausschuss möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit das Konzept des Bieters vorzustellen, das in dem Ausschreibungsverfahren der WICM GmbH zur Sommerbespielung des Mauritiusplatzes den Zuschlag erhalten hat. Im Rahmen der Vorstellung sollte insbesondere auf die folgenden Punkte eingegangen werden:

- a) Darstellung der durch die Sommergastronomie bedingten Bebauung auf den Mauritiusplatz (insbesondere in der Draufsicht)
- b) Darstellung welche Bebauung im direkten Umfeld der Brunnenanlage vorgesehen ist. Wie groß sind die Abstände der geplanten Toiletten zur Brunnenanlage?
- c) ob und in welchem Umfang die vorhandenen öffentlichen Sitzplätze an den Platanen in den gastronomischen Betrieb einbezogen werden.
- d) wie groß der Anteil der öffentlichen Sitzplätze ist, welche ohne Verzehrzwang zugänglich sind. Wie wird dafür gesorgt, dass diese Sitzplätze weiterhin zum Sitzen einladen?
- e) ob und wie Ersatz für eventuell wegfallende öffentliche Sitzgelegenheiten geschaffen wird.
- f) wie die gewerblichen Anlieger und die Anwohner des Platzes einbezogen wurden. Wann und mit wem wurden Gespräche geführt? Gab es Interesse an einer Beteiligung?
- g) wie sichergestellt wird, dass die Bedürfnisse der Anlieger und Anwohner in der weiteren Umsetzung Berücksichtigung finden.

8. 21-F-24-0003

Mobile Impfteams in Stadtteilen mit besonderen sozialen Bedarfslagen

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP vom 04.05.2021 -

Die Maßnahmen im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie schränken uns alle stark in unserem Alltag ein. Jede*r versucht die Kontakte zu Menschen, die nicht zum eigenen Haushalt gehören, auf ein Minimum zu reduzieren. Für Menschen in prekären Wohn- und Beschäftigungsverhältnissen ist diese Aufgabe fast unmöglich zu bewerkstelligen. Sie können meist nicht von zu Hause aus arbeiten und auch ihre Kinder können aufgrund des fehlenden Platzangebots nicht den ganzen Tag in der Wohnung verbringen. Durch die beengten Wohnverhältnisse ist es für diese Menschen auch schwieriger den Kontakt zu Nachbarn zu reduzieren, da man sich im Fahrstuhl, Treppenhaus oder der Waschküche zwangsläufig begegnet.

Aktuelle Studien zeigen dass Menschen in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen besonders stark gefährdet sind, sich mit Covid-19 zu infizieren und hierbei auch ein erhöhtes Risiko für einen schweren Verlauf haben. Darum ist es eminent wichtig, diese besonders vulnerable Gruppe nach Vorbild des „Kölner Modells“ prioritär zu impfen, um einen großflächigen Corona-Ausbruch in den betroffenen Wohngebieten zu verhindern und die in diesen Stadtteilen lebenden Menschen zu schützen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Zu prüfen, inwieweit der Einsatz mobiler Impfteams in Stadtteilen mit besonderen sozialen Bedarfslagen in Wiesbaden möglich ist.
2. Bei positivem Ergebnis die Einrichtung dieser Impfteams schnellstmöglich zu veranlassen.

9. 21-F-55-0004

Zinslose Darlehen für coronabedingte unternehmerische Härtefälle

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 05.05.2021 -

Die Corona-Pandemie trifft die Wirtschaft hart und bringt viele Unternehmer*innen in massive wirtschaftliche Probleme. Wiesbadener Unternehmer*innen sind geplagt durch die Ungewissheit, wann sie endlich ihre Läden wieder richtig öffnen können. Es gibt keine Planungssicherheit, die Zahlung der Überbrückungshilfen laufen schleppend und viele Unternehmer*innen setzen laut eigener Angabe bereits Lebens- und Altersversicherungen ein, um nicht pleite zu gehen.

Die derzeitigen Überbrückungshilfen sehen eine Fixkostenübernahme von bis zu 75 % vor. Das bezieht sich jedoch nur auf Unternehmen, die bereits vor der Pandemie bestanden haben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu prüfen, ob eine kommunalen Zusatzhilfe als finanzielle Förderung für Solo-Selbstständige und inhabergeführte Kleinbetriebe im Bereich des Einzelhandels und der Gastronomie durch langfristige zinslose Darlehen eingeführt werden kann, um Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Die Förderung soll sich auf coronabedingte Härtefälle beziehen und insbesondere auf Fälle, die nicht durch die jüngst beschlossene Härtefall-Hilfe der Länder und des Bundes vom 18. März 2021 abgedeckt sind. Hier soll eine subsidiäre städtische Hilfe ansetzen.
2. einen Kriterienkatalog zu entwickeln, wer diese Förderung beanspruchen könnte und in welcher Höhe. Ein Kriterium sollte sein, dass zu unterstützende Personen und Unternehmen durch das Raster der Landes- und Bundesförderung fallen.

10. 21-F-20-0004

Überblick über zugängliche Daten der Wiesbadener Verwaltung

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 05.05.2021 -

Wiesbaden stellt bereits einige nützliche Informationen für Bürger*innen in digitaler Form bereit. Allerdings gibt es keinen Überblick bzw. eine Plattform auf der alle Stellen verzeichnet sind. Man muss gezielt im Internet danach suchen in der Hoffnung, dass man eine Seite findet, die die benötigten Daten bereitstellt. Findet man die Quelle, ist aber noch nicht klar, ob und wie man die Daten weiter verwenden kann.

Ein Portal wie das PiWi wäre auch für andere Daten und Informationen nützlich.

Die Städte Darmstadt und Mannheim, haben bereits solche Open-Data-Plattformen geschaffen.

Siehe dazu:

<https://mannheim.opendatasoft.com/page/home/>

<https://datenplattform.darmstadt.de/>

Einen Überblick welche Daten der Wiesbadener Verwaltung bereits zugänglich sind, wäre daher wünschenswert.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) welche Daten für Wiesbaden zu den relevanten Themenbereichen „Smart-City“-/ „Big-Data“ bereits vorliegen zum Beispiel im Hinblick auf:
 - Verkehr
 - Wetter
 - Luftqualität
 - Geodaten
 - statistische Daten wie Altersstrukturen, Wahlergebnisse, Gesamtbesucherzahlen Sport- und Badeeinrichtungen usw.
 - praktische Informationen wie WLAN-Standorte, Altglascontainer usw.
- 2) in welchem Format diese Daten vorliegen.
- 3) welche Daten bereits über maschinenlesbare Schnittstellen (API) im Internet freigegeben und zu beziehen sind (bitte benennen).
- 4) unter welcher Lizenz diese Daten freigegeben werden.
- 5) Der Magistrat wird gebeten seinen Bericht zu 1) bis 4) in Form einer tabellarischen Auflistung zu erstellen, die Name, Art, Format, URL und die Lizenz der Daten beinhaltet.

11. 21-F-20-0005

Ausfall der Schuleingangsuntersuchungen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 05.05.2021 -

Im Jahr 2020 wurden die Schuleingangsuntersuchungen für Wiesbadener Grundschüler*innen mit der Begründung der Priorisierung der medizinischen Gefahrenabwehr im Zuge der Corona-Pandemie ausgesetzt. Dies war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Überlastung des Gesundheitsamtes durch den herrschenden Ausnahmezustand eine nachvollziehbare Entscheidung vonseiten des zuständigen Dezernats.

Dies ist nun ein Jahr her und man hätte sich in der Zwischenzeit um eine alternative Erbringung dieser essentiellen Leistung kümmern müssen. Nun besteht durch den angekündigten erneuten Ausfall der Schuleingangsuntersuchung die Gefahr, dass bei den einzuschulenden Kindern vorhandene oder durch die Umstände der Pandemie entstandene bzw. verstärkte Förderbedarfe möglicherweise übersehen werden und der Schulstart für diese ohnehin schon benachteiligten zukünftigen Grundschüler*innen zu einem traumatisierenden Erlebnis der Überforderung wird.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Schuleingangsuntersuchungen für das bevorstehende Schuljahr 2021/22 wieder stattfinden zu lassen (bspw. mithilfe der ortsansässigen Kinderärzt*innen, wie es bereits in anderen Kommunen praktiziert wird).
2. Die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten, die Schuleingangsuntersuchung dieses Jahr regelkonform durchführen zu lassen.

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

- | | | |
|----|---|---------------|
| 1. | 20-F-03-0015 | ANLAGE |
| | Servicenummer 115 auch in Wiesbaden | |
| | - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.09.2020 -
- Bericht des Dezernates I vom 23.02.2021 - | |
| 2. | 20-F-08-0053 | ANLAGE |
| | HSK Jobticket II | |
| | - Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.08.2020 -
- Bericht des Dezernates II vom 14.04.2021 - | |
| 3. | 20-F-13-0005 | ANLAGE |
| | Klarheit für die HSK-Kinderklinik - Maximalversorgung sichern! | |
| | - Antrag der FW-Fraktion vom 17.11.2020 -
- Beschluss Nr. 127 des Beteiligungsausschusses vom 24.11.2020 -
- Bericht des Dezernates II vom 18.02.2021 - | |

4. **20-F-21-0058** **DL 12/21-1**
Kinderklinik der HSK

-Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2020-
- Bericht des Dezernates II vom 18.02.2021 -
5. **21-F-05-0018** **ANLAGE**

Darstellung von Unternehmensporträts auf der städtischen Homepage

- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 15.04.2021 -
6. **21-F-21-0005** **ANLAGE**

Regionale Gesundheitskonferenz für Wiesbaden, RTK und LK Limburg

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 26.04.2021 -
7. **21-V-02-8001** **DL 12/21-2**

Gründung: Gigabitregion FRM GmbH
8. **21-V-02-8003** **DL 13/21-1**

Arbeitsmarktprojekt 'Wohnbetreuung' - Fortführung 2021 bis 2023
9. **21-V-02-8006** **DL 13/21-2**

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Helferinnen und Helfer an Schulen" - Verlängerung 2021
- 2022
10. **21-V-03-0005** **DL 12/21-3**

1. Bericht zur Umsetzung des Digitalpaktes in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher